

**Gemeinderatsausschuss
Petitionen und BürgerInneninitiativen**

PROTOKOLL

**zur Sitzung am Mittwoch, dem 6. September 2017, um 15:30 Uhr
MA 21 – Servicestelle Stadtentwicklung, 1. Stock, Multimediaraum 121,
1010 Wien, Rathausstraße 14-16**

- Vorsitz: GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Jennifer Kickert
- Gewählte Teilnehmer: VBgm.ⁱⁿ Mag.^a Maria Vassilakou
GRⁱⁿ Mag.^a Nina Abrahamczik
GR Stefan Berger
GR Nemanja Damnjanovic, BA
GRⁱⁿ Mag.^a Bettina Emmerling, MSc
GR Manfred Hofbauer, MAS
GR Christian Hursky
GRⁱⁿ Mag.^a Birgit Jischa
GR Mag. Rüdiger Maresch
GRⁱⁿ Ricarda Reif
GRⁱⁿ Silvia Rubik
GR Dr. Gerhard Schmid
GR Mag. Marcus Schober
GRⁱⁿ Sabine Schwarz
GR Wolfgang Seidl
Dr. Gerhard Spitzer
GR Mag. Josef Taucher
GR Mag. Dr. Alfred Wansch, MBA
- Sonstige Teilnehmer: Richard Bernato, B.A.
Andreas Baur
Claudia Smolik, BA
Mag. Leopold Bubak
Ing.ⁱⁿ Ivonne Litschauer, BSc
Nicole Herz
- Entschuldigt:
- Protokollführung: Maria Klein

Berichterstatter: GR Mag. Gerhard Schmid

Post Nr. 1

AZ 707549-2017-GSK; 01748-2017/0001-GSK; MA 65

Wiener Parkraum-Organisation NEU

Befragung des Einbringers

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Bettina Emmerling:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die Magistratsdirektion auszusprechen, eine Kommission einzusetzen um die Machbarkeit eines digitalen Gebrauchsgebührens systems zu prüfen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da das derzeitige System der Parkraumbewirtschaftung mit gebührenpflichtigen flächendeckenden Kurzparkzonen sowie mit möglichen Ausnahmegenehmigungen und AnwohnerInnenzonen, die im Bedarfsfall noch zusätzlich verordnet werden können, nachweislich wirkt. Die durchschnittliche Abstelldauer ist gesunken und der Parkplatzsuchverkehr ist zurückgegangen.

Eine Änderung des Systems ist daher derzeit nicht angedacht. Dies insbesondere auch, weil die WienerInnen sich im Rahmen einer Volksbefragung im Jahre 2013 dafür ausgesprochen haben, dass die Entscheidung über die Einführung der Parkraumbewirtschaftung den jeweiligen Bezirken vorbehalten sein soll.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Berichterstatter: GR Christian Hursky

Post Nr. 2

AZ 708144-2017-GSK; 01745-2017/0001-GSK; MA 65 – 317809/2017

Für eine Bürgerbefragung zum Parkpickerl in Favoriten

Befragung des Einbringers

Antrag GR Stefan Berger:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an Herrn Landeshauptmann Dr. Michael Häupl auszusprechen, geeignete Maßnahmen zur Initiierung einer Änderung des Parkometersgesetzes 2006 zu treffen, um Volksbefragungen zu ermöglichen und von zwingenden Gebühren abzusehen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Bettina Emmerling:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Frau Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, eine Rechtsgrundlage für verbindliche Bezirksbefragungen zu schaffen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Frau Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, die Bezirke darauf hinzuweisen, dass eine flächendeckende Befragung der Bezirksbevölkerung ein wichtiges Instrument bei einer eventuellen Einführung des Parkpickerls ist.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Christian Hursky:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da eine unverbindliche Befragung zum jetzigen Zeitpunkt nach Beschlussfassung in der Bezirksvertretung am 15. Juni 2016, bereits verlautbarter Verordnung des Magistrats am 13. April 2017 und erfolgter Einführung ab 4. September 2017 nicht sinnvoll ist.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Mag.^a Birgit Jischa

Post Nr. 3

AZ 708585-2017-GSK; 01747-2017/0001-GSK; MA 65 – 536194/2016

Bauvorhaben betreffend 1110 Wien Csokorgasse - Ecke Simminger Hauptstraße

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da das geplante Bauvorhaben mit Wohnungen, Tiefgaragen und einer Kinderbetreuungsstätte auf Basis des am 1. Juli 2015 beschlossenen und daher rechtskräftigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes erfolgt. Diese sieht eine Bauhöhe von 9-12m in den zum historisch gewachsenen Siedlungsgebiet nächstliegenden Bereichen vor, mit einem Ansteigen der Höhenentwicklung zur Simminger Hauptstraße hin.

Auf die weiteren, im Schreiben vom 4. September 2017 zusätzlich vorgebrachten Punkte wird in der Schlussbeantwortung eingegangen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Gerhard Schmid

Post Nr. 4

AZ 708951-2017-GSK; 01932-2017/0001-GSK; MA 65 – 990310/16

HAUS BEER IN GEFAHR – Petition zur Rettung des Hauptwerks von Josef Frank

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBl. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien Mag. Thomas Drozda einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der amtsführenden Stadtrates für Kultur, Wissenschaft und Sport Dr. Andreas Mailath-Pokorny einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvorsteherin für den 13. Wiener Gemeindebezirk Mag.^a Silke Kobald einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition den Einbringer Herrn Axel Hubmann zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Hietzing einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Mag.^a Nina Abrahamczik

Post Nr. 5

AZ 695510-2017-GSK; 02775-2017/0001-GSK; MA 65 – 308573/2017

Für die Erhaltung des „Café-Restaurant Schloss Cobenzl“ in Grinzing

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBl. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Nina Abrahamczik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der amtsführenden Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Nina Abrahamczik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Nina Abrahamczik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Bezirksvorstehers für den 19. Wiener Gemeindebezirk Adolf Tiller einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Nina Abrahamczik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition den Einbringer Herrn Markus Gregor Landerer zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Döbling einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Silvia Rubik

Post Nr. 6

AZ 709134-2017-GSK; 02836-2017/0001-GSK; MA 65 – 496896-2017

Rettet die Linie 58

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBl. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Silvia Rubik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Einstellung der Linie 58 mit 2. September 2017 bereits erfolgt ist.

Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass alle bisherigen Stationen der Linie 58 ab der Kennedybrücke bis zum Westbahnhof von der Linie 60 übernommen werden, womit für die BewohnerInnen des 15. Wiener Gemeindebezirks weiterhin ein gleichbleibendes Angebot durch zwei Straßenbahnlinien gegeben ist, was dem Anliegen der Petition entspricht. Die Kapazitäten sind künftig durch lange Niederflurstraßenbahnen und dichtere Intervalle während der Frühspitze gegenüber der eingestellten Linie 58 sogar verbessert.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag Marcus Schober

Post Nr. 7

AZ 708579-2017-GSK; 02835-2017/0001-GSK; MA 65

Wir wollen eine Entlastung der U6!

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBl. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der amtsführenden Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme von der Wiener Linien GmbH & Co KG einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition den Einbringer Herrn Mag. Dietmar Zach zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Berichterstatter: GR Mag. Josef Taucher

Post Nr. 8

AZ 709017-2017-GSK; 02820-2017/0001-GSK; MA 65 – 625123-2017

Erhaltung des Volkertmarkts im 2. Bezirk

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBl. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Josef Taucher:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Josef Taucher:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvorsteherin für den 2. Wiener Gemeindebezirk Ursula Lichtenegger einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Josef Taucher:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition die Einbringerin Frau Finka Dogo zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Wirtschaftskammer Wien einzuholen.

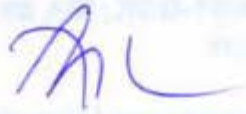
(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt einzuholen.

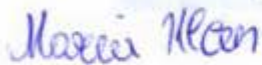
(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Die amtsführende Stadträtin



Mag.ª Maria Vassilakou

Die Protokollführerin



Maria Klein

Die Vorsitzende



GRª Dr.ª Jennifer Kickert